

Amts- und Anzeigebatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich 3 M. 75 Pf. oder
monatlich 1 M. 25 Pf. in der Geschäfts-
stelle, bei unseren Böten sowie bei allen Reichts-
postanstalten. — Erscheint täglich abends mit
Kündigung der Sonn- und Feiertage für den
folgenden Tag.

Um halb zweite Uhrmacht — Zeit der höchsten Verkaufsstunden
der Zeitung, der Information über die
Veränderungen im Bezirk — hat der Besitzer keinen Bedarf
zu Kündigung oder Abschaffung der Zeitung oder auf Wohl-
wollung des Bezugspreises.

Red.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel,
Neuheide, Oberhügengrün, Schönheide,
Schönheiderhammer, Sosa, Unterhügengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 25 Pf.
Im Reklametext die Zeile 60 Pf. Im ande-
ren Teile die gesparte Zeile 50 Pf.
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags
10 Uhr, für größere Tage vorher.
Eine Genähr für die Aufnahme der Anzeigen
am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage
sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,
ebenso wenig für die Richtigkeit der durch Fern-
sprecher aufgegebenen Anzeigen.

Verantwortl. Schriftleiter, Redakteur und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.
66. Jahrgang.

Fernsprecher Nr. 110.

N 249.

Sonntag, den 26. Oktober

1919.

Nach § 1 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 22. November 1875 über die Fabrikation von Mineralwässern, Seite 418 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1875, dürfen Fabriken von Mineralwässern nicht eher in Betrieb gesetzt werden, als bis die Einrichtung derselben von dem Apothekenpräparat und dem Bezirkspfarrer geprüft und dabei für tauglich befunden worden ist. Damit die Betriebsaufstellung rechtzeitig erfolgen kann, haben die Ortsbehörden, bei welchen nach § 14 der Gewerbeordnung die Anmeldung von dem Betriebe einer Mineralwassersfabrik zu erfolgen hat, von dieser Anmeldung unverzüglich dem betreffenden Apothekenpräparat und Bezirkspfarrer Mitteilung zu machen.

Da wahrgenommen worden ist, daß diese Bestimmung nicht immer Beachtung gefunden hat, wird sie bei den Behörden in Erneuerung gebracht.

Dresden, am 20. Oktober 1919.

1789 IV M

11625

Ministerium des Innern.

Zuschusunterstützung
für Angehörige von Kriegern kommt am

Mittwoch, den 29. Oktober,

vormittag 9—10 Uhr zur Auszahlung.

Eibenstock, den 25. Oktober 1919.

Der Stadtrat.

Die letzte Woche.

Die Nationalversammlung in Berlin hat die Verabsiedlung des Reichshaushaltsgesetzes so eifrig, freilich in nicht gerade bedeutsamen Debatten, fortgesetzt, daß jetzt eine mehrwöchentliche Pause in den Sitzungen eintreten kann. Dann wird das Hauptstück dieses Tagungsabschnittes, die große Vermögensabgabe, an die Reihe kommen. Im Prinzip bleibt sie nach dem Regierungsentwurf bestehen, während die Form für die kleinen Vermögen etwas gemildert wird. Anzuerkennen bleibt immerhin, daß die vielgeschätzten Kapitalisten, die doch nur zu einem kleinen Teile Kriegsgewinner und zum größten Teile reidliche Späne sind, keinerlei Protest gegen diese harte Abgabe erhoben, sondern sich damit abgefunden haben, obwohl der allgemeine Kurssturz der deutschen Werte in den Beiß, wie er vor dem Kriege bestand, ein riesiges Loch gerissen hat. Jedenfalls ist von dieser Seite her für die deutschen Finanzen alles geschehen, was nur getan werden konnte. Wenn dieser Opferwilligkeit die gleiche Sparfamkeit in den neuen Ausgaben gegenübergestellt wird, so haben wir einen Weg, um den Sturz unserer finanziellen Solidität in den Abgrund zu verhindern.

Die Proklamation für die Wiederherstellung des Friedensstandes für Deutschland und seine Begier steht in nächster Zeit bevor, doch bedeutet dieselbe, worauf nochmals ausdrücklich hingewiesen werden muß, keinerlei Nachlaß oder Milderung in den Friedensbedingungen. Auch unsere Hoffnung für später darf nicht zu hoch schrauben, wenn wir keine schwere Enttäuschung erleben wollen. Voraussetzung ist jedenfalls die Ablehnung aller Streits, die uns die Wehrkraft lähmen, während der Schleichhandel die Unterwerfung in Permanenz erläßt. Auf diesen beiden Gebieten ist jede Schonung unangebracht, um so mehr, als die Ankündigungen von neuen Putschen kein Ende nehmen wollen. Was hilft es, wenn die Bewegungen, wie die in Berlin und Frankfurt a. M. auch schließlich wieder abebben, wenn der Schaden da ist? Bei solchen Verhältnissen ist an ein Herablassen der deutschen Heeresstärke, die heute schon unter 400 000 Mann gefallen ist, auf ein Minimum nicht zu denken. Das würde sofort von den Spartakisten ausgezogen werden.

Der Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung, welcher die Kriegsschuld und Friedensmöglichkeiten während des Feldzuges aufzuklären soll, hat seine Arbeiten begonnen. Man wird natürlich abzuwarten haben, was die Vernehmungen der vorgeladenen Diplomaten, Minister und Staatsmänner ergeben werden, aber wir werden dabei nicht vergessen dürfen, daß es stets zweifelhaft bleiben wird, ob sich die deutscherseits gegebenen Erwartungen wirklich erfüllt hätten, weil die Absichten Frankreichs, Englands und Russlands nicht auf einen Vertrag mit Deutschland, sondern auf eine Vernichtung der deutschen Macht hinausliefen. So ist es z. B. schon fragwürdig, ob uns eine Vermittlung des Präsidenten Wilson geholfen hätte, wenn die Entente gewußt hätte, daß sie auch bei Scheitern dieser Vermittlung nach wie vor alles erforderliche Kriegsmaterial von Amerika hätte erhalten können. Daher für die Zukunft haben wir von der Vergangenheit wahrlich genug, wie drausen sie nur zu beherzigen. Praktisch wäre es jedenfalls gewesen, die deutsche Regie-

rung hätte sich Gewissheit darüber verschafft, ob die Entente mit der Vorladung von angeblich 600 Deutschen vor ihr Gericht treten will. Wir haben jedenfalls keinen Anlaß, die Geschäfte der Entente zur Demütigung Deutschlands zu besorgen.

Die Vorgänge in Nordrußland sind nach wie vor eine ausgiebige Fundgrube für die Fabrikanten von Sensationsnachrichten. Das Volkszentralistium in Moskau geht seiner Auflösung entgegen, aber die Räuberharen, die heute die Roten Garden bilden, kämpfen zäh um die Behauptung ihrer Macht. Die gegen sie aufgebotenen Streitkräfte sind auch nicht stark genug, um so schnell ein Ende dieser blutigen Auseinandersetzung herbeizuführen. Das Vorgehen der Entente, speziell der Engländer, beschränkt sich auf Angriffe zur See. In großer Unlust wollen sie sich nicht stürzen, da Russland um so sicherer ihrem Einfluß anheimfallen wird, je mehr es sich selbst schwächt. Wenn es den Truppen der neuen westrussischen Regierung gelungen sein wird, Petersburg zu besiegen, und das ist nur eine Frage von Tagen, so wird auch eine neue Vora für das schwer geprüfte Land beginnen. Die Rückkehr des früheren Diktators Kerenski ist freilich sehr überflüssig, das ist kein Mann der Rechtlichkeit, wie der Staat ihn gebraucht. Auch die baltische Militärkommission der Entente kann kaum mehr ausrichten, als den fortschreitenden Abmarsch der letzten deutschen Truppen konstatieren.

Das französische Parlament in Paris hat seine Sitzungen beendet, das Land steht jetzt unter dem Zeichen der Neuwahlen, ebenso wie Italien. Die Frage des Besitzes von Flüsse ist auf demselben Standpunkt, der Freiheitsführer d'Annunzio bleibt wo er ist, und kümmert sich um keine Proteste. Die italienische Presse erinnert sich wieder einmal der früheren deutschen Freundschaft. Das ist eine sehr problematische Beschäftigung, Italien hat durch seinen Vertrag von 1915 seine Unabhängigkeit für alle Zeiten untergraben. Man rechnet in Rom damit, daß Wilsons Rücktritt von der politischen Bühne eine günstige Stimmung Amerikas für Italien bringen wird. Die Erfüllung dieser Hoffnung ist allerdings sehr fraglich. Um die wenigstens zeitweise Arbeitsunfähigkeit des Präsidenten Wilson ist freilich nicht zu zweifeln, leicht möglich wird auch die schwere Neurose, an der er leidet, einen endgültigen Schlussstrich unter seine politische Laufbahn.

Wm.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Noske über das zukünftige Reichsheer. In einer Versammlung des Reichsverbandes deutscher Berufssoldaten sprach am Mittwoch Noske über die Wünsche der Unteroffiziere. Er erklärte, man werde auch in Zukunft nicht ohne Civilliviergebungsschein auskommen. Ohne diesen könne er die Verantwortung für ein festes Gefüge der Reichswehr nicht übernehmen. Den Bestrebungen, die Reichswehr zu einer Gewerkschaft zu machen, werde er auf das entschiedenste entgegen treten. Die notwendige Entpolitisierung der Reichswehr werde Gegenstand ersterer Schwierigkeiten sein. Ein bezahpter und freihamer Volksschüler werde die Möglichkeit haben, zu den höchsten Füh-

rerstellen zu gelangen. Die geeigneten Leute würden nach ein- bis zweijähriger Dienstzeit die Offiziersschule besuchen.

— Die Heimkehr unserer Gefangenen. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Flügelgefangene meldet: In Brunsbüttel kam Montag der Dampfer „Marta Woermann“ mit 588 Kriegsgefangenen aus England an. In Bremerhaven traf der Dampfer „Nom“ ein, der 469 Offiziere und 144 Mann aus England zurückbrachte. Freitag traf in Emden der Dampfer „Bagdad“ mit 1233 Heimkehrern ein.

— Zu Ehren der Truppen im Baltikum. Den Truppen im Baltikum widmet Rudolf v. Eimannsberger, der bekannte bayerische General und Mitglied der Versailler Friedensdelegation, in der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ eine Ehrenrettung, in der er zum Schlusse sagt: Es sind Männer, die aus idealen Gründen handeln und wagen. Die Masse des Volkes aber klagt die Truppen im Baltikum an, daß sie die Hungerblöcke der Heimat verurteilt hätten. Nicht deshalb wagen die Feinde die Anwendung dieses Mittels, sondern weil sie wissen, daß sie dem Deutschen alles bieten dürfen. Den Männern, die Deutschland durch die Revolution unterwarfen, die vom Waffenstillstand an alles erfüllten, was der Feind nur andeutete, denen verdanken wir die Blöcke und denen auch, die im Wahnsinn durch Streiks dem deutschen Land das bishaben Leben raubten, das es noch besitzt. Das sind die wahren Verbrecher, nicht die Truppen v. d. Gottz. Gewiß handeln die Divisionen im Baltikum jetzt unpassend, gewiß dürfen wir nicht gutheißen, was geschieht, aber wir müssen daran denken, daß sie für unsere Zukunft dieselbe Bedeutung gewinnen können, wie Schill's Schar für die Erweckung Preußens. Darum verdammen wir die Männer nicht, ehemal wir sie und ihren Geist, auch wenn sie jetzt irren!

— Das Wirtschaftsabkommen mit Polen. Nachdem die Verhandlungen mit den Polen wieder begonnen haben, ist es am 22. Oktober gelungen, ein deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen zu schaffen, das für beide Vertragsstädte von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung ist. Der neue Verteilungsschlüssel, der dem Abkommen zugrunde liegt, ist der folgende: Bei einer Hauptwagenstellung von 4500 Wagen erhält Polen vorweg 75000 Tonnen Kohlen aus Oberschlesien, gewissermaßen als monatliche Grundleistung. Erhält die Wagenstellung eine Steigerung, so erhält Polen von der dadurch bewirkten Erhöhung weitere 20 Prozent. Polen hat die Durchfahrt durch das besetzte Gebiet gestattet, während bisher unter gewaltigen Umwegen die Abfuhrförderung unternommen wurde. Auch die Förderung selbst litt. Als Gegenleistung erhalten wir hauptsächlich Kartoffeln. Bunkauf soller 3 Millionen Rentner geliefert werden, die größtenten noch vor dem Eintritt des Frostes von den Polen zu jenden sind, während der kleinere Teil wohl erst mit Beginn des neuen Jahres geliefert werden dürfte. Die Polen haben außerdem versprochen, um Spiritus und Gänse zu liefern. Da beide Teile ernst gewillt sind, das Abkommen zu halten, geht daraus hervor, daß bereits am 22. plötzlich die ersten Kartoffelfüllungen von Polen und die ersten Kohlenfüllungen nach Polen ins Rollen gebracht wurden. Um das Protosatorium in Kraft setzen zu können, war es nötig, auch